

**Jahresbericht 2017 des Kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus,
Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10893

7 Anlagen

**Bekanntgabe in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses
vom 14.03.2018**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Das Kommunale Netzwerk

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle, um rechtsextremen, rassistischen und menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirksam entgegenzutreten. Trotz der unzähligen Beispiele für eine intakte, lebendige und verantwortungsvolle Münchner Stadtgesellschaft darf nicht verdrängt werden, dass es auch in München – wie überall in Deutschland – vermehrt zu Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten oder Menschen mit bestimmten Merkmalen kommt.

Die Landeshauptstadt München hat in den vergangenen Jahren ein **Kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** geschaffen, in dem verschiedene Stellen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung auf der Basis ihrer eigenen Fachlichkeit und Spezialisierung zusammenwirken.

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat. Sie dient als Schnittstelle zwischen Verwaltung, anderen Behörden und Zivilgesellschaft und **koordiniert auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Stellen des Netzwerkes**. Dabei bündelt Sie Informationen und Know-how mit dem Ziel, die demokratische Stadtgesellschaft zu stärken. Neben der Fachstelle gehören zum Netzwerk beispielsweise

1. die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), die den Bereich Recherche, Dokumentation und Information abdeckt (siehe Bericht als Anlage 1),
2. die Opferberatungsstelle Before e.V. zur Unterstützung für Betroffene bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt (Anlage 2),
3. das Stadtjugendamt – Bereich politische Bildung als Anlaufstelle und für Hilfestellungen für die pädagogische Praxis und unterstützende Beratung im Bereich Rechtsextremismus und Radikalisierung (Anlage 3),

4. das Netzwerk demokratische Bildung (Anlage 4), das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ (Anlage 5) und die Fachstelle Demokratische Jugendbildung beim Kreisjugendring (Anlage 6) für die pädagogische Vermittlung von Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention,
5. die Beauftragten gegen Rechtsextremismus bei den Bezirksausschüssen für die Stadtteilarbeit und
6. das zivilgesellschaftliche Bündnis „München ist bunt!“ e.V. (Anlage 7)

Um die Arbeit der einzelnen Netzwerkstellen noch breiter bekannt zu machen und den Stadtrat über deren einzelne Tätigkeiten genauer zu informieren, haben im Rahmen dieser Bekanntgabe die Netzwerkstellen jeweils eigene kurze Berichte zu ihrer Tätigkeit im Jahr 2017 erstellt. Diese finden Sie im Anhang zu dieser Bekanntgabe. Die Fachstelle für Demokratie hat die Bündelung übernommen und stellt die wesentlichen Eckpunkte der eigenen Arbeit und der Arbeit des gesamten Netzwerkes im Jahr 2017 vor.

Die Arbeit des kommunalen Netzwerkes und der einzelnen Akteure, die Koordinierungsleistung der Fachstelle für Demokratie und die Kooperation zwischen den Teilen des Netzwerkes wurde in den Jahren 2016 und 2017 auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses (SV-Nr. 14-20 / V 02497) einer unabhängigen, wissenschaftlichen Evaluation unterzogen. Im Laufe des Jahres 2018 wird der Abschlussbericht vorgelegt. Die Ergebnisse bilden eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung und stetige Überprüfung des Netzwerkes und der Zusammenarbeit.

2. Bericht der Fachstelle für Demokratie

2.1 Zunahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten

Im Jahr 2017 haben sich die Herausforderungen der vielfältigen Münchner Stadtgesellschaft mit den unterschiedlichen Formen und Phänomenen des Rechtsextremismus noch weiter ausdifferenziert.

Bereits im vergangenen Jahr 2016 konnten wir feststellen, dass auch in München ein erhebliches Potential für menschenfeindliche Einstellungen existiert. Grundlage hierfür ist unter anderem die wissenschaftliche Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in München. Festzuhalten ist, dass wir in der Münchner Stadtgesellschaft zwar seltener mit geschlossenen rechtsradikalen Weltbildern zu tun haben – wie wir sie beispielsweise noch im neonazistischen Spektrum finden –, jedoch immer häufiger mit starken bis sehr starken Abwertungen gegenüber einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. In München richtet sich diese Abwertung insbesondere gegen Muslime, gegen Geflüchtete, gegen Sinti und Roma und gegen Menschen mit sozioökonomischen Nachteilen.

Insbesondere die Agitation gegen Geflüchtete ist zentrales Thema der extremen Rechten und dient den unterschiedlichen Gruppierungen, Parteien und Einzelpersonen oftmals als Bindeglied. In der rechtsextremen Propaganda geht die

Abwertung einer bestimmten Gruppe oft einher mit der Darstellung eines Verteilungskampfes um begrenzte Ressourcen. Zentrales Argument rechtsextremer Agitation ist, dass Geflüchtete, Muslime, Sinti und Roma oder andere Gruppen mit der angestammten Bevölkerung um Güter konkurrieren. Bei diesen Gütern kann es sich um bezahlbaren Wohnraum, Sozialleistungen, oder auch um Zugang zur Politik handeln. Behauptet wird beispielsweise, dass es kein korrektes, formales Verfahren zur Vergabe knapper Güter und Ressourcen gibt, sondern dass die als „fremd“ gekennzeichnete Gruppe bevorteilt wird, während die als „alteingesessen“ gekennzeichnete Gruppe benachteiligt wird. Diese aktuelle Strategie der extremen Rechten fällt teilweise auf fruchtbaren Boden – auch weil es faktisch soziale Ungleichheiten in unserer (Stadt-)gesellschaft gibt.

Auch das Jahr 2017 war geprägt von bundesweit nahezu täglichen Angriffen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte. In München kam es im vergangenen Jahr zu homophoben Übergriffen und Körperverletzungen. Im Bereich der organisierten extremen Rechten war insbesondere Pegida München weiterhin aktiv. Hinter dem Banner von *Pegida* versammeln sich ehemalige Anhänger_innen der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* (mittlerweile aufgelöst), der neonazistischen Parteien *Der III. Weg* und *NPD / BIA*, sowie Akteure der *Neuen Rechten*, wie beispielsweise der *Identitären Bewegung* und Aktivist_innen der *AfD*. Trotz interner Streitigkeiten und deutlicher Abnahme der Teilnehmerzahlen bleibt *Pegida* in München eine Plattform unterschiedlicher Gruppierungen. Gerade darin liegt die Attraktivität von *Pegida* für die extreme Rechte. Im November 2017 verkündete das Organisationsteam von *Pegida* jedoch eine Einstellung der Veranstaltungen. Zu Beginn des Jahres 2018 kündigte *Pegida* die Wiederaufnahme seiner Aktivitäten an.

Die rechtsextreme Partei *Der III. Weg* zeigte 2017 in München weiterhin eine starke Präsenz. Mehrfach führten Mitglieder der Partei in München im Rahmen ihrer sog. „Deutsche Winterhilfe“-Aktion Spendenaktionen unter anderem an Obdachloseneinrichtungen im Stadtgebiet durch. In unregelmäßigen Abständen berichtet *Der III. Weg* im Internet über seine sogenannte „nationale Streife“. Parteimitglieder gehen in München „Streife“, weil angeblich die Münchner Bürgerinnen und Bürger „schon längst das Vertrauen in Polizei und Justiz verloren“ hätten. Die Anhänger_innen der Partei *Der III. Weg* gehen weiterhin aggressiv gegen den politischen Gegner vor. Mehrmals konnten sie im Umfeld von *Pegida*-Kundgebungen unangemeldete Kundgebungen durchführen und hierbei ihr möglichst radikales Auftreten nach außen stellen.

Das Prinzip der „nationalen Streife“ wurde Ende des Jahres auch von einer neuen Gruppierung genutzt: Die sogenannten *Soldiers of Odin*, die sich an einer finnischen rechtsradikalen Gruppe orientieren. Im Auftreten ähneln die *Soldiers of Odin* eher Rocker-Gruppen. Die von ihnen getragenen Jacken und Westen erwecken mit Aufnähern den Eindruck von Uniformen. Möglichst martialisch treten sie im Moment auch in anderen Orten Bayerns auf, beispielsweise in Würzburg, um ähnlich wie *Der III. Weg* den Eindruck zu erwecken, dass die Polizei nicht mehr für die öffentliche Ordnung sorgen könne. In München werden die *Soldiers of Odin* von Einzelpersonen des be-

kannten rechtsextremen Spektrums unterstützt. Bislang gab es „Streifengänge“ dieser Gruppierungen in Pasing und am Hauptbahnhof München.

Die *Identitäre Bewegung* (IB) hat sich in München als rechtsextremer Akteur etabliert. Sie propagiert das Konzept des Ethnopluralismus, nach der Völker ihre Identität nur als ethnisch homogene Gemeinschaften ohne Vermischung mit anderen bewahren könnten. Vor allem agitiert die IB gegen eine angebliche Massenzuwanderung und Islamisierung, den „Identitätsverlust des europäischen Kontinents“ und den „demografischen Kollaps Deutschlands“. Auch im Jahr 2017 hat die IB vor allem durch öffentlichkeitswirksame Aktionen versucht in die mediale Berichterstattung zu gelangen. So versuchten sie immer wieder Veranstaltungen zu stören (Bürgerfrühstück von Oberbürgermeister Reiter, Tollwood). Auch Transparente der IB wurden an der Frauenkirche und am Münchner Rathaus kurzzeitig angebracht, konnten jedoch schnell entfernt werden.

Nach der Ermordung eines Polizisten durch einen *Reichsbürger* Ende 2016, haben auch die Bayerischen Sicherheitsbehörden die Gefahr, die von dieser diffusen Bewegung ausgeht, erkannt. Bis zum 30.09.2017 hatte das Bayerische Innenministerium 3270 *Reichsbürger* in Bayern erfasst. Weitere Verdachtsfälle sind in Prüfung. Auch im Münchner Stadtgebiet gibt es vermutlich mehrere hundert Anhänger_innen der Reichsbürgerideologie. Immer wieder werden Fälle spektakulärer Waffenfunde im Stadtgebiet bekannt (Januar 2018: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freimann-polizei-findet-waffenarsenal-bei-reichsbuerger-1.3832944>). Innerhalb der Stadtverwaltung findet eine enge Zusammenarbeit u.a. zwischen der Fachstelle für Demokratie und dem KVR zum Thema statt. So wurde eine klare Meldestruktur in Verdachtsfällen etabliert. Die Fachstelle veröffentlichte im zweiten Halbjahr 2017 eine Handreichung für den Umgang mit *Reichsbürgern* im Verwaltungsalltag mit weiterführenden Kontakt- und Unterstützungsmöglichkeiten. Die erste Auflage des Flyers ist mittlerweile vergriffen. Anfragen zum Flyer erreichen die Fachstelle aus ganz Bayern und aus dem ganzen Bundesgebiet.

Zudem unterstützten die Fachstelle und die Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München das KVR bei der Durchführung von mittlerweile zwei Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiter_innen. Wir sehen eine hohe Verunsicherung was das Thema betrifft, einen sehr hohen Zuspruch zu den Aktivitäten der Fachstelle von Seiten der Verwaltung und hohe Bedarfsmeldungen aus sehr unterschiedlichen Bereichen der Münchner Stadtverwaltung.

2.2 Herausforderungen für das demokratische Gemeinwesen

Das demokratische Gemeinwesen Münchens stand im Jahr 2017 vor großen Herausforderungen. Insbesondere die Bundestagswahlen haben sehr viel Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Die Fachstelle für Demokratie hat sich ihrem Auftrag entsprechend für die demokratische Kultur und ein weltoffenes Klima in München eingesetzt. Mit Blick auf die Bundestagswahl nahm die Fachstelle vor allem die niedrigen Wahl-

beteiligungen vergangener Wahlen zum Anlass, das Thema genauer zu analysieren und Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Generell beschäftigt die Herausforderung der abnehmenden Wahlbeteiligung die Münchner Stadtpolitik bereits seit geraumer Zeit. Vor allem die sinkende Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in der Landeshauptstadt wird als alarmierend empfunden. 1996 lag die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen stadtweit bei 52,8 % und sank seitdem kontinuierlich. Von 51,0 % 2002 auf 47,6 % im Jahr 2008 und schließlich 42,0 % bei der letzten Kommunalwahl 2014. Innerhalb der Stadtbezirke sind große Gefälle festzustellen. Durch einen Stadtratsbeschluss vom 28.09.2016 wurde die Fachstelle für Demokratie damit beauftragt, sich verstärkt der zunehmenden Demokratieverdrossenheit zu widmen, diese detaillierter zu analysieren, Gegenstrategien zu entwerfen und vor Ort Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Hierzu steht die Fachstelle unter anderem im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, dem Regsam-Netzwerk, Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksausschüsse, dem Kreisjugendring München Stadt und Mitgliedern des Münchner Stadtrates sowie mit den anderen Initiativen im kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In Kooperation mit dem Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München ist bereits eine qualitative Studie zum Thema 'Nichtwähler_innen' entstanden. Aus diesen Interviews wurden Fragen generiert, die nun zur Bundestagswahl 2017 quantitativ in einer großangelegten Nachwahlbefragung münden. Das Ziel der Landeshauptstadt München und der Fachstelle für Demokratie ist es, näher zu ergründen, warum Menschen in München nicht an Wahlen partizipieren und welche Gegenmaßnahmen von unterschiedlichen Akteuren ergriffen werden können.

Zentrale Erkenntnis dieser qualitativen Befragungen war beispielsweise, dass die befragten Nichtwählerinnen und Nichtwähler das Gefühl haben, dass ihre Meinung irrelevant ist und sie keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Politik haben. Auf ihre subjektiven, vor allem materiellen Probleme, gab ihrer Einschätzung nach keine Partei einen glaubhaften Vorschlag zur Verbesserung. Vielmehr hatten sie den Eindruck, dass „die Politiker“ hierfür gar kein Verständnis hätten, da sie nicht die Lebensrealität der Nichtwählerinnen und Nichtwähler teilten. Die Forscher stellten fest, dass die befragten Nichtwählerinnen und Nichtwähler grundsätzlich interessiert waren am politischen Geschehen und an lokalen Themen, sich allerdings weder von den Themen, noch von der Art, wie Parteien diese setzen, angesprochen fühlten. Das Problem liege also sowohl in der Themensetzung, als auch in der Kommunikation und der glaubhaften Vermittlung von Lösungsvorschlägen.

In einer zweiten Studie wird mit einem quantitativen Ansatz eine Nachwahlbefragung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Arbeit erwartet die Fachstelle für das erste Quartal 2018. Hierdurch soll ebenfalls näher beleuchtet werden, welche Faktoren die Entscheidung beeinflussen an einer Wahl teilzunehmen oder ihr fern zu bleiben. Der Stadtrat hat die Fachstelle beauftragt die Ergebnisse der Studie in einem Hearing zu präsentieren.

Dem Einfluss sozioökonomischer Faktoren hat die Fachstelle bereits im Frühjahr 2017 Rechnung getragen. Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus führte die Fachstelle eine Veranstaltung mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge und dem Präsidenten des Deutschen Instituts für

Wirtschaftsforschung, Prof. Marcel Fratzscher durch. Die beiden diskutierten das Thema der sozialen Spaltung und einen möglichen Zusammenhang mit erstarkenden rechtspopulistischen Phänomenen. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und bekam ein großes Medienecho.

In einem ersten Versuch, Nichtwähler_innen wieder stärker zu mobilisieren, führte die Fachstelle im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 eine parteipolitisch neutrale Plakatkampagne durch. Die Plakate enthielten Zitate verschiedener Grund- und Menschenrechte aus dem Grundgesetz und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verbunden mit einem skizzierten Post-it: „Wählen gehen für Demokratie und Menschenrechte!“.

Die **Kampagne „Wählen gehen für Demokratie und Menschenrechte!“** stellte das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaates in den Mittelpunkt: Grundrechte, die allen Menschen gleich welcher Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion und unabhängig von ihrer körperlichen und/oder geistigen Konstitution oder sexuellen Identität frei zustehen. Sowohl im öffentlichen Raum, als auch in städtischen Einrichtungen und bei Kooperationspartnern der vielfältigen Münchner Zivilgesellschaft, wurden die Motive aufgegriffen. Die Kampagne stieß bundesweit auf Interesse.

Im Mai 2017 führte die Fachstelle als Kooperationspartner mit dem Regsam-Netzwerk einen **Fachtag „Netzwerken für Demokratie“** durch. Ziel der Veranstaltung war es, zivilgesellschaftliche und städtische Akteure der demokratischen Bildung mit Trägern und Praktiker_innen der sozialen Arbeit zu vernetzen. An dem Fachtag nahmen ca. 60 Personen teil, die sich über die unterschiedlichen Angebote in München informierten und miteinander in Austausch traten. Das übergeordnete Thema war die Förderung demokratischer Teilhabe in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders. Die erfolgreiche Veranstaltung wird im Jahr 2018 weiterentwickelt und fortgeführt.

2.3 Internationale Wochen gegen Rassismus – für 100 % Menschenwürde

Die Internationale Wochen gegen Rassismus werden bundesweit vom Interkulturellen Rat koordiniert, in München ist die Fachstelle für Demokratie für die Programmkoordination zuständig. Mehr als 60 Veranstaltungen fanden in München unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rassismus – Für 100 % Menschenwürde!“ vom 13.03.2017 – 26.03.2017 statt. Ziel der Veranstaltungen ist es aufzuklären und gegenzusteuern, damit sich möglichst viele Münchnerinnen und Münchner gegen verschiedenste Formen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit engagieren. Denn gerade für München als Weltstadt, in der Menschen aus über 180 Nationen leben, ist es wichtig, die Menschenwürde aller hier lebenden Menschen hochzuhalten. Das Programm zeigte, wie viele Initiativen, Projekte und Verwaltungseinheiten sich in der Landeshauptstadt gegen die verschiedensten Formen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit engagieren.

2018 finden die Internationalen Wochen vom 12. März bis zum 26. März statt. Die Fachstelle koordiniert hierzu erneut einen umfangreichen und diversen Veranstaltungs-

katalog mit zahlreichen neuen und alten Kooperationspartnern in der gesamten Stadt sowie eine begleitende Plakatkampagne.

2.4. Fakten gegen Vorurteile

2017 hat die Fachstelle die bekannte **Flyerserie "Das wird man doch noch fragen dürfen"** neu aufgelegt, überarbeitet und durch neue thematische Fragestellungen ergänzt. Mittlerweile existieren sieben Flyer zu folgenden Themen: „Nehmen Ausländer und Flüchtlinge uns die Arbeit weg?“, „Ist Gewalt gegen Frauen insbesondere ein Problem von Flüchtlingen und Ausländern?“, „Ist die Islamisierung Deutschlands in vollem Gange?“, „Werden minderjährige Flüchtlinge gegenüber anderen sozial bedürftigen Kindern und Jugendlichen bevorzugt?“, „Sind Ausländer und Flüchtlinge krimineller als Deutsche?“, „Plündern Migranten und Flüchtlinge unsere Sozialkassen?“, „Nehmen Ausländer und Flüchtlinge uns den Wohnraum weg?“. Die kleinen Broschüren wurden in enger inhaltlicher Abstimmung mit den zuständigen Referaten und beispielsweise auch der Münchner Polizei erstellt. Ziel ist es, mit diesen Flyern unter anderem durch eine versachlichte Diskussion und durch nüchterne Fakten all jene zu erreichen, die sich durch rechtsextreme oder rechtspopulistische Stimmungsmache verunsichert fühlen bzw. für diese grundsätzlich anfällig sind. Gleichzeitig sollen diejenigen Kräfte innerhalb der Stadtgesellschaft argumentativ unterstützt und gestärkt werden, die sich in ihrem Lebensumfeld für ein demokratisches und respektvolles Miteinander aller Menschen in unserer Stadt einsetzen und der Stimmungsmache der extremen Rechten aktiv entgegenzutreten.

Des Weiteren bietet die Fachstelle für Demokratie seit 2017 ein Fortbildungsmodul für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung an. Die Fortbildung „Entscheiden auftreten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ soll für rassistische und menschenfeindliche Äußerungen sensibilisieren und die Teilnehmer_Innen sowohl inhaltlich als auch methodisch befähigen, solchen Äußerungen selbstbewusst entgegenzutreten. Das Konzept wird ständig überprüft und den Gegebenheiten angepasst.

Die Trainings richten sich insbesondere an städtische Einrichtungen mit hohem Publikumsverkehr. Derzeit wird die Fortbildung vor allem in Sozialbürgerhäusern und der Stadtbibliothek nachgefragt und angeboten. Die Rückmeldungen sind bisher sehr positiv und die Nachfragen nehmen deutlich zu. Der rückgespiegelte Bedarf zeigt an, dass die Fachstelle im Jahr 2018 das Angebot verstetigen wird.

2.5. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Konsequenzen aus der Studie 2016

2018 wird die Fachstelle für Demokratie einen Schwerpunkt auf Muslimenfeindlichkeit legen. Die Studie zur Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in München von 2016 hat gezeigt, dass insbesondere die Abwertung und Ausgrenzung

von Musliminnen und Muslimen in München auf starke Resonanz stößt. Die Zustimmung zu Aussagen, die (vermeintliche) Muslime abwerten, erzielt im Vergleich aller abgefragten Einstellungen die höchsten Werte. 21 % der Befragten stimmen der Abwertung von Muslimen sehr stark zu, bei weiteren 35 % der Befragten ist die Zustimmung zu Muslimenfeindlichkeit stark ausgeprägt. Folglich haben über die Hälfte der Befragten starke bis sehr starke Vorurteile und ablehnende Haltungen gegenüber (vermeintlichen) muslimischen Menschen. Gemeinsam mit weiteren städtischen Stellen und nach Abstimmung mit muslimischen Gemeinden und Vereinen sollen unter anderem der interreligiöse Dialog in München intensiviert, Antidiskriminierungsbeauftragte und Empowerment-Trainer ausgebildet und eine Flyer-Kampagne gegen Muslimenfeindlichkeit („Ich bin Münchner – Ich bin Muslim“) initiiert werden.

2.6. Aufklärung und gesellschaftliche Aufarbeitung des Attentats am Olympia-Einkaufszentrum

Aufgrund eines Stadtratsantrages der CSU-Stadtratsfraktion (14-20 / A 02078) führte die Fachstelle für Demokratie eine öffentliche Anhörung zu den Hintergründen des Attentats am Olympia-Einkaufszentrum durch. Ziel des Hearings war es, den Radikalisierungsprozess des Täters aufzuarbeiten, mögliche Handlungsansätze für die Landeshauptstadt München zu überprüfen und die Motivation des Täters aufzuzeigen, sowie mögliche politische Hintergründe der Tat darzustellen. Hierfür wurden unabhängige Experten ausgewählt und beauftragt schriftliche Gutachten zu erstellen und diese zu präsentieren. Ebenfalls angehört wurden die Einschätzungen der Staatsanwaltschaft und der ermittelnden Polizeibehörden. Die drei wissenschaftlichen Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Mordtat vom 22. Juli 2016 um einen politisch-motivierten Anschlag beziehungsweise ein rassistisches Hassverbrechen handelt. Die Gutachten sind der Öffentlichkeit zugänglich und weiterhin abrufbar:

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Kampagnen/Expertengespr-ach--Hintergr-nde-und-Folgen-des-OEZ-Attentats-.html>

3. Wichtigste Eckpunkte aus den Berichten der anderen Netzwerkstellen

Zusammen mit dem Netzwerk demokratische Bildung München führte das Kommunale Netzwerk im Mai 2017 einen Fortbildungstag zu israelbezogenem Antisemitismus und den Herausforderungen für Verwaltung und Träger der politischen Bildung durch. Unter anderem ging es um Sensibilisierung und Informationen, um israelbezogenen Antisemitismus zu erkennen. Zentrale Aspekte waren Unterscheidungsmerkmale zwischen Kritik und Antisemitismus im Kontext von Veranstaltungen zum Israel-Palästina-Konflikt und Ansätze zur Schärfung eines entsprechenden Problembewusstseins.

- Im Jahr 2017 sind firm um die 450 Vorfälle und Aktivitäten in München bekannt geworden. Es handelt sich dabei zum einen um rassistische, antisemitische,

LBGTIQ-feindliche, extrem rechte, rechtspopulistische und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, Angriffe und Übergriffe.

- Die firm legte im Jahr 2017 einen Schwerpunkt auf türkisch-nationalistische Gruppierungen, die auch wegen der Wahlen zum Migrationsbeirat immer wieder in Erscheinung getreten sind. Die herausragende Expertise der firm zu diesem Thema führt zu bundesweiten Anfragen für Interviews und Vorträge.
- Auch zum Thema „Reichsbürger_innen“ hat die firm ein Flugblatt herausgebracht, weitere Flugblätter wurden aktualisiert.
- Im Herbst 2017 führte die firm eine eigenständige Vortragsreihe durch, in der das gesamte Spektrum ihrer Rechercheleistung abgebildet wurde.
- Die Opferberatungsstelle before e.V. hat 2017 117 Beratungen durchgeführt. 41 Fälle konnten abgeschlossen werden.
- Im Bereich der Betreuung von Betroffenen von Diskriminierung 65 Fälle bearbeitet, in 52 Fällen wurden Betroffene rechter oder rassistischer Gewalt beraten.
- Eine wichtige Kennzahl im Bereich der Opferberatung ist die Diskrepanz zwischen der Einordnung von Tatmotivationen als rechte/rassistische Tat der Ermittlungsbehörden und der Wahrnehmung der Betroffenen selbst. In 41 der Fälle, in denen BEFORE im Jahr 2017 beraten hat, haben die Betroffenen die Tat angezeigt. In allen Fällen liegt nach Einschätzung der Betroffenen und der Beraterinnen ein rechtes und/oder rassistisches Tatmotiv vor. In 34 % der angezeigten Fälle teilt die Ermittlungsbehörde diese Einschätzung, während 44 % durch die Behörden nicht als „politisch motivierte Kriminalität rechts eingestuft“ wurden.
- Um diese Informationen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat firm in Kooperation mit a.i.d.a. e.V. und before e.V. eine Internetseite angelegt. Auf dieser „München Chronik“ finden sich alle aktuellen Vorkommnisse.
<https://muenchen-chronik.de/>
- Das Bildungskollektiv Die Pastinaken führten im Jahr 2017 127 Bildungsveranstaltungen durch, hierbei liegen 75 Veranstaltungen im Bereich der Jugendbildung und 52 Veranstaltungen hatten Erwachsene als Zielgruppe.
- Mit dem „Frei_Raum“ Festival im Juli 2017 schufen die Pastinaken im Farbenladen des Feuerwerks einen Ort, welchen Jugendliche selbst mitgestalten und verändern konnten. Neben einem Schulklassenprogramm an den Vormittagen und einigen Workshop-Angeboten wie Hip Hop, Graffiti, Siebdruck oder Film konnten die Jugendlichen alle Materialien und Gegenstände vor Ort nutzen um Neues zu kreieren oder Altes umzugestalten. Der Diskurs über Gestaltungs und Teilhabemöglichkeiten für Jugendliche in der Stadt spielte dabei eine wichtige Rolle.
- Die Pastinaken erschlossen sich das immer wichtiger werdende Themenfeld „Hass im Netz“ und nahmen hierfür auch an externen Fortbildungen teil.
- Das zivilgesellschaftliche Bündnis „München ist bunt“ organisierte zahlreiche Kundgebungen und Aktionen gegen die extreme Rechte und beteiligt sich an der Aufklärung der Stadtgesellschaft.
- Zentrales Projekt im Jahreskalender der Stelle Demokratische Jugendbildung im Kreisjugendring München-Stadt ist **sommer.dok**, eine von Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbstorganisierte Werkstatt der historischen und politischen Bildung auf dem Königsplatz - unter freiem Himmel, kostenlos und offen für alle.
- Darüber hinaus lag ein Schwerpunkt des KJR auf der Planung, Konzeptionierung und Durchführung des Demokratiemobils. Mit diesem wurde der Versuch unternommen vor der Bundestagswahl in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung über Chancen und Möglichkeiten der Teilhabe in der Demokratie zu informieren

und aufzuklären. Das Demokratiemobil stieß auf reges Interesse und fand bayernweit Beachtung.

4. Fazit und Ausblick zur Arbeit des Netzwerkes

Erfolgreiche Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie erfordert ein Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft bedarf der intensiven Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens. Da es sich um ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema handelt, sind nicht nur pädagogische Maßnahmen erforderlich, sondern auch eine Vielzahl von ineinandergreifenden Ansätzen.

Die hier vorliegenden Berichte der Netzwerkes zeigen eindrücklich, dass München den Weg einer Vernetzung und Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft konsequent und erfolgreich beschreitet. Jede einzelne Stelle leistet einen wichtigen Beitrag zum großen Ganzen: München als eine Stadt der Vielfalt zu erhalten, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an das Sozialreferat, S-II-KJF/JA
z. K.

V. Wv. -Direktorium FgR

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Am